

## JAPANISCH-CHINESISCHE FRIEDENSVERTRAGSGESPRÄCHE: FLEXIBILITÄT UND STARRHEIT DER PEKINGER VERHANDLUNGSFÜHRUNG

Oskar Weggel

### I. Japans Abrücken von der "Äquidistanz"-Politik zugunsten Pekings

Die Erklärung Chou En-lais auf dem IV. Nationalen Volkskongreß, daß der Kampf gegen den "Sozio-Imperialismus" noch lange Zeit die Außenpolitik Chinas beherrschen werde, hat bereits ein kräftiges Echo im Dreieck Moskau-Peking-Tokyo gefunden.

Auf der Suche nach einem Ausgleich mit seinen früheren Kriegsgegnern hat Tokyo zur gleichen Zeit zwei hohe Funktionäre nach Moskau (Außenminister Miyazawa) und nach Peking entsandt (den früheren LDP-Generalsekretär Hori), die jeweils in Verhandlungen über einen Friedensvertrag eintreten sollten.

Dieses für die behutsame japanische Politik so kennzeichnende Vorgehen "im Gleichschritt" soll nach außen hin andeuten, wie sehr Tokyo darum bemüht ist, beide Mächte paritätisch zu behandeln, also "Äquidistanz" zu üben.

In Wirklichkeit freilich hat Japan sich seit einiger Zeit ganz den Chinesen zugeneigt:

Die sowjetisch-japanischen Beziehungen schienen sich seit Oktober 1973, als der damalige Ministerpräsident Tanaka Moskau besuchte, zwar gut anzulassen. Damals wurde vereinbart, die Friedensverhandlungen, die seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten im Jahre 1956 "vorläufig" unterbrochen worden waren, wiederaufzunehmen. Auch wurde die sowjetische Führungsspitze zu einem Besuch nach Tokyo eingeladen. Schließlich war daneben noch die Beteiligung Japans an der Erschließung verschiedener sibirischer Projekte vereinbart worden.

Doch schon kurze Zeit später waren die Fronten wieder erstarrt: Der sowjetische Spitzenbesuch in Japan fand nicht statt. Außerdem zogen die Japaner ihre Zusagen über die Beteiligung an Erdöl-, Erdgas- und Kohleerschließungsprojekten in Sibirien mit der Begründung wieder zurück, daß sie ursprünglich von einer kräftigen Mitarbeit amerikanischer Firmen an den sibirischen Projekten ausgegangen seien. Die wirklichen Gründe für diesen Rückzieher lagen jedoch zum einen in der negativen Reaktion der japanischen Öffentlichkeit, zum anderen aber auch in einem geschickten Schachzug der VR China, die den Japanern großzügige Ölkontingente (rd. 14 Mio. t bereits im Jahre 1975) anboten. Die Japaner waren von dieser Offerte, die Hoffnungen auf noch ungleich größere Lieferungen in Zukunft eröffnet, so fasziniert, daß ihr Interesse an den sibirischen Ölerschließungsprojekten schnell erlosch.

### 2. Moskauer Reaktionen

Dieses Abrücken Japans von seiner Äquidistanz-Politik könnte

sich recht ungünstig auf das Verhältnis zu Moskau auswirken.

Kurzfristig hat der sowjetische Botschafter in Tokyo, Troianowski, bereits die konservative Taiwan-Lobby innerhalb der regierenden LDP angesprochen und sie dazu veranlaßt, gegen das Wort "Frieden" in dem geplanten Vertragswerk mit Peking zu protestieren. Der Kriegszustand mit China sei ja bereits durch den Friedensvertrag mit Chiang Kai-shek von 1952 beendet worden. Eine solche Argumentation findet vor allem in der "Jungtürkengruppe" der Seirankai (1) Gehör. Man solle doch lieber einen Freundschafts- als einen Friedensvertrag abschließen. Argumente dieser Art sind dazu angetan, die japanische Regierung in Verlegenheit zu bringen, denn einerseits würde sie in der Tat lieber einen Freundschafts- als einen Friedensvertrag abschließen, da dann heikle Territorialprobleme, wie Taiwan und Senkaku (2) leichter ausgeklammert werden könnten, zumal Fragen dieser Art ja eigentlich schon durch das sino-japanische Normalisierungskommuniqué von 1972 hinreichend geregelt worden sind. Freilich weiß man in Tokyo recht wohl, daß die Rechnung hier nicht ohne die Chinesen gemacht werden kann - und Peking besteht eben ganz einfach auf dem Wort "Frieden", dessen explizite Hervorhebung - zumal seit den Demarchen des Sowjetbotschafters - zu einer Prestigeangelegenheit geworden ist.

Vorfälle dieser Art zeigen deutlich, daß Moskau über ein nicht unbedeutendes Störungspotential verfügt, das es angesichts der Gespaltenheit der LDP in einen Peking- und einen Taiwanflügel leicht ausspielen kann. Schon zwei Tage nach der Intervention Troianowskis erklärte aber Ministerpräsident Takeo Miki vor dem Parlament in Tokyo, daß Japan den Friedensvertrag mit China ohne Zögern abschließen werde (3).

Dieser "Miki-Diplomatie" wurde nicht zuletzt dadurch der Rücken gestärkt, daß Chou En-lai im Gespräch mit japanischen Delegierten immer wieder erstaunliches Verständnis für das Weiterbestehen der "Special Relationship" zwischen Tokyo und Washington sowie für eine starke japanische Militärmacht zeigte. (Dazu unten) Außerdem glaubt man in Tokyo in der Zwischenzeit, daß der Sieg der Gemäßigten, wie er vor allem im Zusammenhang mit dem IV. Nationalen Volkskongreß so deutlich geworden ist, nunmehr für eine längere Stabilisierung der Außenpolitik Chinas sorgen wird.

Die Erklärung des japanischen Ministerpräsidenten vom 5. Februar wurde von Hsinhua (4) zur Kenntnis genommen und in Auszügen nachgedruckt. Danach erklärte Miki: "Der Abschluß eines japanisch-chinesischen Friedens- und Freundschaftsvertrages wurde ganz klar in der gemeinsamen japanisch-chinesischen Erklärung vereinbart, die vom Parlament einstimmig gebilligt wurde. Deshalb spiegelt sie den Willen aller Staatsbürger des

Landes wider. Ich glaube nicht, daß irgendwelche Schwierigkeiten hinsichtlich des Abschlusses eines solchen Vertrages bestehen".

Trotz der farschenden Erklärung Mikis wird die japanische Regierung aber kaum vergessen haben, daß die Sowjetunion Sanktionen gegen Tokyo vor allem in drei Richtungen treffen könnte:

- Einmal ist die Sowjetunion in der Lage, das Sicherheitsrisiko für Japan auf der koreanischen Halbinsel zu erhöhen. Sollte nämlich das jetzige Sicherheitssystem, das der Waffenstillstandsvertrag von 1953 garantiert, durch einen Beschluß der UNO aufgelöst werden, so müßten die USA und die Sowjetunion über einen möglichen Ersatz dieses Systems verhandeln, wobei der Sowjetunion durchaus antijapanische Maßnahmen zuzutrauen wären.

- Zum zweiten hat Japan in der Fischereifrage nur einen engen Spielraum gegenüber der Sowjetunion. Im Hinblick auf das Ochotskische Meer beispielsweise müssen jährlich japanisch-sowjetische Verhandlungen über die Fangquoten und die Gebiete geführt werden, in denen die japanischen Fischer ihre Netze auswerfen dürfen. Auch ist die Sowjetunion in der Lage, den Japanern größere Fischzüge "vor der Nase" wegzufischen.

- Drittens ist die Sowjetunion imstande, das militärische Risiko Japans durch Flottenmanöver, deren eigentliches Ziel ja nie ganz durchschaut werden kann, zu verunsichern (5).

Tokyos Reaktion in dieser Lage könnte theoretisch in zwei Richtungen ausfallen:

- Zum einen wäre es denkbar, den "Friedensvertrag" mit China durch einen wesentlich weniger weit ausgreifenden "Freundschaftsvertrag" zu ersetzen. Hier wird freilich, wie bereits ausgeführt, Peking nicht mitspielen.

- Die zweite Möglichkeit bestünde darin, mit den Sowjets - sozusagen als "Trostpflaster" - wenigstens einen Freundschaftsvertrag abzuschließen, wenn schon kein Friedensvertrag momentan möglich ist. Die Chancen einer solchen Zwischenlösung wurden von Kossigyn bereits im Jahre 1967 ventiliert. In einem solchen Freundschaftsvertrag müßte vor allem die Hauptbedingung Tokyos, nämlich die Rückgabe aller vier Kurileninseln, erfüllt werden.

Immer wieder sind es ja die vier Inseln Habomai, Shikotan, Etorofu und Kunashiri, die schwere Meinungsverschiedenheiten zwischen Tokyo und Moskau auslösen - und deshalb auf längere Zeit noch den Abschluß eines beiderseitigen Friedensvertrags verhindern dürften.

In seinen Gesprächen mit Breschnew während seines Besuches in der Sowjetunion im Oktober 1973 hatte der damalige japanische Ministerpräsident Kakuei Tanaka die Rückgabe der vier nördlichen Inseln, die Moskau 1945 den Japanern entrissen hat, als eine unerläßliche Bedingung für den Abschluß eines sowjetisch-japanischen Friedensvertrags erklärt. In der gemeinsamen Erklärung am Ende der Gespräche wurde denn auch diesbezüglich folgendes festgestellt: "Die beiden Seiten sind übereingekommen, die Gespräche über die Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen den beiden Ländern zu einem geeigneten Zeitpunkt 1974 fortzusetzen ... und verschiedene Probleme, die seit dem Zweiten Weltkrieg ungelöst geblieben sind, zu regeln". Um dies zu erreichen, versprach Breschnew für jenes Jahr einen Besuch sowjetischer Führer in Japan.

Wie bereits erwähnt, ist der versprochene Besuch bisher jedoch

ausgeblieben. Nicht zuletzt aus diesem Grunde entsandte Tokyo seinen neuen Außenminister Keichi Miyazawa Mitte Januar 1975 nach Moskau, mit dem Auftrag, die sowjetische Seite zur Einlösung des Übereinkommens zwischen Breschnew und Tanaka zu veranlassen. Miyazawa hatte gehofft, das Kommuniké der Gespräche zwischen ihm und seinem Amtskollegen, dem sowjetischen Außenminister Gromyko, werde ausdrücklich festhalten, daß die offenen Probleme zwischen den beiden Ländern "die nördlichen Territorien miteinschließen". Gromyko wollte jedoch nur über ökonomische Fragen verhandeln und die Territoriumsfrage außer acht lassen. Er sprach lediglich von einer "realistischen Lösung" dieses Problems, womit wohl die Beibehaltung des Status quo gemeint sein dürfte.

Warum will die Sowjetunion, die ja ohnehin ein so riesiges Territorium beherrscht, um jeden Preis die vier winzigen Kurileninseln behalten? Diese Frage wird aus chinesischer Sicht (6) folgendermaßen beantwortet:

"Man muß hier bis zur alten zaristischen Strategie der militärischen Expansion zur See zurückgehen ... In einer Denkschrift der Admiralität des zaristischen Rußland an den Zaren vom November 1913 hieß es: 'Allgemein gesprochen, war die Aufgabe der Verteidigung von Rußlands Wasserwegen immer eine dreifache: Rußlands freie Durchfahrt vom Baltikum zum Atlantik zu sichern, vom Japanischen Meer in den Pazifik und vom Schwarzen Meer in das Mittelmeer'. Heute haben die neuen Zaren bereits Militärstützpunkte auf den vier nördlichen Inseln Japans errichtet. Sie sind wichtige strategische Punkte für die Durchfahrt der sowjetischen Flotte vom Japanischen Meer in den Pazifik durch die Soya- und durch die Tsugaru-Straße und dienen der militärischen Expansion in Asien. Das erklärt, warum die Sowjetrevisionisten niemals in die Rückgabe der vier Inseln einwilligen werden. Darüber hinaus beschränkt sich das von den Sowjetrevisionisten an sich gerissene fremde Territorium nicht auf Japans vier nördliche Inseln. Sie halten viele Gebiete anderer Länder in Asien und Europa gewaltsam besetzt. Sie fürchten, die Rückgabe der nördlichen Territorien Japans würde eine Kettenreaktion in Europa und Asien (Finnland, Deutschland, Polen (Anm.d.Verf.) nach sich ziehen und so ernsthaft ihre Weltbeherrschungsstrategie beeinträchtigen. Daß dem so ist, äußerte ein Beamter der sowjetischen Botschaft in Tokyo ganz unverblümt: 'In der territorialen Frage ist es der sowjetische Standpunkt, daß die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges nicht geändert werden dürfen, sowohl was Japan, als auch was andere Länder betrifft' ... So ist klar: Was Gromyko in Bezug auf das Problem der nördlichen Territorien Japans mit 'auf realistische Weise lösen' meinte, ist, 'die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges nicht ändern, Beibehaltung des Status quo ... Es mag Änderungen in der Ausdrucksweise, in der Taktik geben, aber die Politik der Durchsetzung 'der Großen Strategie' der alten und der neuen Zaren 'auf realistische Weise' durch Okkupation der Territorien anderer Länder ist unverändert die gleiche geblieben. Der Leitstern dieser Politik - die Weltherrschaft - ist unveränderlich".

Peking scheint mit seinen Vermutungen recht zu behalten: Moskau will die Inseln nicht herausgeben. Dies erklärte auch Außenminister Miyazawa nach seiner Rückkehr von der Sowjetunion in einem Interview mit der französischen Tageszeitung "Le Monde": Seine Gespräche mit dem sowjetischen Amtskollegen Gromyko seien erfolglos verlaufen. Moskau besteht nach

wie vor auf dem Besitz der vier japanischen Kurilen-Inseln. Solange sich die Sowjetunion nicht zur Lösung dieser Frage durchringen könne, sehe Tokyo sich außerstande, einen Friedensvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen. Das Verhältnis zur VR China habe sich demgegenüber weit positiver entwickelt (7).

Zusammenfassend: Der Abschluß eines Friedensvertrages mit der VR China und eines Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion wäre also eine Lösung, die alles in allem den Äquidistanzvorstellungen der japanischen Außenpolitik besser entspräche als ein einseitiges Vorpreschen zugunsten Pekings. Doch erweist sich hier Moskaus Haltung in der Kurilenfrage als entscheidendes Hindernis.

Angesichts dieser Starrheit hat die Sowjetunion nicht einmal mit ihren ökonomischen Lockungen (Rohstofflieferungen aus Sibirien (8) bei Japan etwas ausrichten können (9), zumal sich die VR China - auch hier überaus beweglich als Lieferant (Rohöl!) in glaubhafter Weise angeboten hat (10).

### 3. Flexibilität der chinesischen Verhandlungsführung

Während die Sowjetunion in der Kurilen-Frage also unnachgiebig bleibt und damit ein fast unüberwindliches Hindernis für den Abschluß eines japanisch-sowjetischen Friedensvertrages setzt, haben sich die Chinesen Tokyo gegenüber als flexibel erwiesen. Sie sind dazu übergegangen, den Japanern jeden Schritt zu erleichtern, der zu einer Isolierung der Sowjetunion und zu einer gleichzeitigen weiteren Annäherung an die VR China führt. In diesem Zusammenhang etwa ist Chou En-lais Empfehlung an die japanische Regierung zu verstehen, die engen Beziehungen mit den USA aufrechtzuerhalten. Dies geschah anläßlich einer Besprechung des japanischen LDP-Delegierten Shigeru Hori am Krankenbett des chinesischen Ministerpräsidenten. Chou soll wörtlich geäußert haben: "Ich hoffe sehr, daß Japan und die Vereinigten Staaten enge Beziehungen aufrechterhalten. Es war von hoher Wichtigkeit, daß der frühere Präsident Nixon China besuchte und daß Präsident Ford Japan eine Visite abstattete. Ich habe Staatssekretär Henry Kissinger bei seinem Besuch in China wissen lassen, daß er in Anbetracht der hohen Bedeutung des japanisch-amerikanischen Bündnisses sich länger in Tokyo aufhalten und mit den Japanern ernsthafte Gespräche führen sollte. Daraus ersehen Sie, wie hoch ich die japanisch-amerikanischen Beziehungen einschätze, und wie sehr ich auf sie hoffe .." (11).

Diese chinesische Toleranz gegenüber einem japanisch-amerikanischen Bündnis steht in scharfem Gegensatz zu der Beurteilung, die diese Verbindung von Seiten Chinas noch in den Jahren 1971/72 erfahren hatte. Während der damals laufenden antijapanischen Kampagne warfen die Chinesen der Regierung in Tokyo "Militarismus" und "Neokolonialismus" vor (12). Erst mit der Peking-Reise Nixons, vor allem aber mit der zunehmenden Verschärfung des sino-sowjetischen Konflikts, verstummte diese antijapanische Propaganda. Mit dem Rücktritt Satos (Mitte 1972) und dem Regierungsantritt Tanakas, vor allem aber seit der Reise des damaligen Premiers nach Peking, in deren Verlauf ja das sino-japanische Kommuniqué vom 29. September 1972 ausgehandelt und die diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden, machten sich in der chinesischen Beurteilung Japans nachgerade freundliche Töne bemerkbar. Bis zum ausdrücklich verbalisierten Verständnis für Tokyos "legitime Rüstung" mußten freilich noch viele Monate vergehen.

Bei dem oben erwähnten Gespräch soll Chou En-lai ferner betont haben, Japan möge bei den gemeinsamen Entwicklungsprojekten mit der Sowjetunion in Sibirien vorsichtig sein. China sei zwar nicht prinzipiell gegen die Beteiligung Japans an der wirtschaftlichen Erschließung Sibiriens, wünsche jedoch eine Beteiligung Amerikas an solchen Erschließungsprojekten (13).

Davon abgesehen, gibt es in der japanischen Öffentlichkeit und auch unter japanischen Parlamentariern Pressure Groups, die immer nachdrücklicher den baldigen Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages mit der VR China fordern. Hsinhua (NCNA 28.1.75) weist beispielsweise auf entsprechende Schritte der Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans, Tomomi Marita, und der Komei-Partei, Yoshikatsu Takeiri, hin, die sich auf einem Plenum des japanischen Repräsentantenhauses am 27. und 28. Januar für den Abschluß eines solchen Vertrages "zum frühest möglichen Zeitpunkt" stark gemacht hätten. Marita erklärte nach Hsinhua: "Dies ist der aufrichtige Wunsch all jener, die den Frieden in Asien erhoffen. Die japanische Regierung muß alte Hindernisse aus dem Wege räumen, dem Geist der gemeinsamen japanisch-chinesischen Erklärung konkrete Formen verleihen, rasch einen Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern abschließen und diesen dann in der gegenwärtigen Legislaturperiode des Parlaments ratifizieren".

Gleichwohl ist damit zu rechnen, daß der Abschluß des geforderten Vertrages noch seine Zeit braucht. Seit der neue japanische Ministerpräsident Miki im Dezember 1974 sein Amt angetreten hat, sind keine großen Veränderungen in der China-Politik mehr zu erwarten. Pessimisten rechnen sogar mit einer bremsenden Wirkung Fukudas, der inzwischen zum Vizepremier avancierte.

Gewisse Sorgen bereitet den Chinesen auch der abklingende "China-Boom" in der japanischen Presse, der seinen Höhepunkt am Ende der Amtszeit Satos und nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1972 erreicht hatte.

### 4. ... aber Starrheit in der Frage der Hegemonieklausel

Trotz aller Flexibilität, die Peking sonst bei seinen Verhandlungen mit Japan an den Tag legt, nimmt es immer dann eine ungewöhnlich starre Haltung ein, wenn es um den Aufbau antisowjetischer Positionen geht. So kamen denn bei der vierten Verhandlungsrunde die chinesisch-japanischen Vertragsgespräche an einen toten Punkt - und dies wegen der Hegemonieklausel, die Peking dem Friedensvertrag beizufügen wünscht, und gegen die Tokyo sich sperrt.

Die von Peking gewünschte Hegemonieklausel ist nicht neu. Sie war bereits in dem von Nixon und Chou En-lai im Februar 1972 ausgearbeiteten amerikanisch-chinesischen Kommuniqué aufgenommen worden. Dort hieß es, daß beide Staaten sich verpflichteten, keine Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum auszuüben, und daß sie auch darauf hinwirken wollten, daß es keiner dritten Macht gestattet sei, eine solche Hegemonie zu errichten (14).

Da die USA nach Lage der Dinge mit der Hegemonie-Klausel nicht gemeint sein konnten (Chou En-lai ist in den letzten Monaten sogar so weit gegangen, im Gespräch mit asiatischen Delegationen die amerikanische Militär-Restpräsenz für wünschenswert zu erklären), konnte hier nur die Sowjetunion gemeint sein.

Ebenso findet sich die Hegemonieklausel im Kommuniqué (Ab-

schnitt 2) vom 31. Mai 1974, das aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Malaysia erstellt worden war (15).

Im Kommuniqué mit dem einzigen asiatischen Staat, mit dem China außerdem seit September 1972 offizielle Beziehungen aufgenommen hat, nämlich mit den Malediven, ist - verständlicherweise! - keine Hegemonieklausel enthalten (16).

Nun möchte Japan, das durch sein bisher so einseitiges Engagement zugunsten Pekings die Politik der Äquidistanz zwischen Moskau und Peking ohnehin schon um ein beträchtliches Stück aufgegeben hat, die Sowjetunion nicht noch zusätzlich durch eine Hegemonieklausel verärgern, die einem Affront gegen Moskau gleichkäme - ein Ergebnis, das die Chinesen, die einen Keil zwischen Moskau und Tokyo treiben wollen, ja gerade beabsichtigen.

Japan möchte sich jedoch aus dem sino-sowjetischen Konflikt heraushalten. Unter diesen Umständen könnte man die Hegemonieklausel geradezu als den eigentlichen chinesischen Hebel gegen ein japanisch-sowjetisches Rapprochement bezeichnen.

Moskau hat dies zur Kenntnis genommen. TASS bringt dazu einen Kommentar vom 29.4.1975 (16a) mit folgenden Überlegungen: In den japanischen politischen Kreisen und in der Presse dauern die Diskussionen um die Frage des Abschlusses eines Vertrages über Frieden und Freundschaft zwischen Japan und der VR China an. Örtliche Beobachter stellen fest, daß die Diskussionen um diese Frage einen immer schärfer werdenden Charakter annehmen, da die Pekinger Führung, die Japan ein Dokument mit einer offenen antisowjetischen Ausrichtung aufzwingen wollen, auf die Japaner immer stärkeren Druck ausüben. Angebliche Hegemoniebestrebungen der UdSSR als Vorwand benutzend verlangt Peking, eine Bestimmung über den Widerstand gegen die 'Hegemonie irgendeiner dritten Großmacht in Asien' in den Vertrag aufzunehmen. Das Einverständnis Japans mit der Aufnahme eines solchen Punktes in den Vertrag würde eine ernste Wendung in seiner Außenpolitik bedeuten, die den nationalen Interessen Japans zuwiderliefe. Nicht zufällig mußte der japanische Außenminister im Zusammenhang mit dem Parlament erläutern, daß China nicht die ganze Außenpolitik Japans in Beschlag nehmen dürfe. Der Hauptkurs der Außenpolitik Japans besteht in der Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern und insbesondere zu den Ländern, die Japan umgeben. Der Abschluß eines Vertrages, der bei dritten Ländern Mißtrauen auslösen kann, entspricht nicht den nationalen Interessen Japans. Die Erläuterungen der Japaner lassen aber die Chinesen, die ihr Diktat in breiten Gebieten Asiens und des Pazifik zu verwirklichen suchen, völlig unbeeindruckt.

Die Maoisten versuchen jetzt, die Japaner zu erpressen, indem sie erklären, daß sie keinen solchen Vertrag nötig haben, in dem die Bestimmung über den Kampf gegen die 'Hegemonie' nicht enthalten ist. Der chinesische Außenminister erklärte zynisch, daß man sich mit den Verträgen nicht beeilen sollte, der Himmel würde nicht einstürzen, wenn man keine Verträge habe. Die Erpressung Pekings stößt bei den nüchtern denkenden Politikern und in der japanischen Presse auf heftigen Widerstand.

Es sind aber nicht nur die Befürchtungen Tokyos, durch Billigung der Hegemonieklausel in den sino-sowjetischen Konflikt mit hineingezogen zu werden. Japan befürchtet außerdem mögliche spätere Einwendungen Pekings aufgrund der Hegemonieklausel gegen massive japanische Wirtschaftseinflüsse in Asien.

Das offizielle Tokyo wehrte sich bisher gegen die Hegemonieklausel u.a. mit dem - recht formal wirkenden - Hinweis, daß die Hegemonie einer dritten Nation im asiatisch-pazifischen Raum nicht Gegenstand eines bilateralen Freundschaftsvertrages zwischen Japan und China sein könne. Diese Weigerung Tokyos führte zu schweren Verstimmungen mit Peking. Man ließ die Verhandlungsrunde nicht nur einfrieren, sondern verschob auch die Gespräche über den Abschluß eines offiziellen Fischereiabkommens, das im September 1972 zwischen Tanaka und Chou En-lai als wünschenswert bezeichnet worden war. Der Abbruch der Verhandlungen am 14.4. sei "auf weitreichende Differenzen in der grundlegenden Denkungsweise zurückzuführen" (17). U.a. zeigten die Chinesen sich auch über die Kondolenzbotschaft des japanischen Ministerpräsidenten Miki zum Tode Chiang Kai-sheks befremdet. Hier wieder wird deutlich, daß das chinesisch-japanische Verhältnis, trotz aller gegenteiligen Versicherungen, immer noch alles andere als normal ist.

Inzwischen hat China auch volksdiplomatische Maßnahmen ergriffen, um der Führung in Tokyo die Hegemonieklausel schmackhaft zu machen. U.a. werden in Hsinhua (16b) Erklärungen japanischer Journalisten und Politiker abgedruckt, die sich für die "Anti-Hegemonie-Klausel" aussprechen. In der Zeitung Mainichi Shimbun vom 24. April habe beispielsweise der Vorsitzende der Komei-Partei erklärt: "Die erste Voraussetzung für den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen Japan und China besteht darin, daß der Vertrag nicht von der gemeinsamen japanisch-chinesischen Erklärung von 1972 abgehen darf. Es ist natürlich und vernünftig, daß der Inhalt von Artikel 7 (über die Anti-Hegemonie) der gemeinsamen japanisch-chinesischen Erklärung in dem vorgeschlagenen Vertrag aufgenommen wird. Sollte ein Land Einwände haben und erklären, daß eine solche Klausel gegen ein gewisses Land gerichtet ist, dann würde man zu dem Schluß kommen, daß dieses Land zugibt, Hegemoniebestrebungen zu haben..... Eine Verpflichtung Japans und Chinas, daß keines der beiden Länder eine Hegemonie anstrebt und jedes von ihnen gegen Hegemoniebestrebungen irgendeines anderen Landes ist, wäre für die Länder im asiatisch-pazifischen Raum von großer positiver Bedeutung".

Ein anderer Kommentator habe erklärt: "Der vorgeschlagene japanisch-chinesische Friedens- und Freundschaftsvertrag wird ein Grundvertrag zwischen den beiden Ländern sein und die Einfügung einer Anti-Hegemonie-Klausel in den Vertrag wird jetzt und in Zukunft für die Sicherung des Friedens sehr wichtig sein".

Die Zeitung Hokkaido Shimbun habe in ihrem Leitartikel vom 21. April bemerkt: "Die Aggression Japans gegen China und andere asiatische Länder in der Vergangenheit erfolgte aufgrund eines Hegemoniestrebens. Sie brachte den asiatischen Völkern Leiden und unserem Volk die Katastrophe. Da dies eine bittere Erfahrung ist, sollte sich Japan verpflichten, sich niemals wieder auf den gleichen Weg zu begeben. Dies würde auch deutlich machen, daß wir gegen jede Macht sind, die eine Hegemonie über Japan und China oder in Asien anstrebt".

## 5. Trotzdem Hoffnungen ...

Trotz der Stockungen im Verhandlungsverlauf gibt es aber positive Anzeichen für eine weitere Annäherung zwischen beiden Staaten.

a) China hat zum Beispiel dem japanischen Plan, seine reguläre Fluglinie über Peking hinaus zu erweitern und eine neue Luftli-

nie nach Europa einzurichten, prinzipiell zugestimmt. Die neue Europa-Linie soll über das Karakorum-Massiv in Richtung Kashmir verlaufen. Die Gespräche hatten im Rahmen des im April 1974 unterzeichneten chinesisch-japanischen Zivilluftfahrtabkommen stattgefunden, bei denen die Chinesen den Japanern nur Anflugrechte nach Peking und Shanghai einräumen wollten (18). Dieses Entgegenkommen für eine attraktivere Flugroute war schon deshalb erforderlich geworden, weil die Japan Airlines durch den Ausfall ihrer Taiwan-Strecke allein im laufenden Steuerjahr ein Defizit von etwa 40 Mrd. Yen (etwa 133 Mio. US \$) zu verzeichnen hat, und da man weiterhin damit rechnen muß, daß die Roten Zahlen im Steuerjahr 1975 noch weiter ansteigen (19).

b) Ferner wurde im April mit dem Bau eines 850 km langen Unterseekabels begonnen, das die Fernspreverbindungen zwischen beiden Ländern, die bisher ausschließlich über Satelliten abgewickelt wurden, um das Siebenunddreißigfache steigern soll.

c) Schließlich wurden auch die Handelsbeziehungen immer intensiver: Japans Exporte nach China erreichten 1974 einen Wert von knapp 2 Mrd. US \$, also etwa 90% mehr als im Vorjahr. Die Importe von dort kletterten um 34% auf 1,3 Mrd. US \$ (der japa-

nische Gütertausch mit der Sowjetunion lag allerdings noch höher, nämlich bei 2,6 Mrd. US \$ (= +50%). Da die Japaner sich jedoch an den großen Projekten zur Erschließung Sibiriens nicht mehr beteiligen wollen, ist in den nächsten Jahren für Tokyo kein drastischer Zuwachs im Rußlandhandel zu erwarten. Möglicherweise rechnet die japanische Industrie bei der VR China mit einem besseren Kunden.) Immerhin ist die Volksrepublik bereits zum achtgrößten Handelspartner Japans aufgerückt (20).

Für China umgekehrt ist Japan auch im Jahre 1974 der mit Abstand größte Handelspartner geblieben. Handels-, Luftverkehrs-, Schifffahrts- und Konsularabkommen konnten in den letzten Monaten unter Dach und Fach gebracht werden. Auch der geplante Fischereivertrag dürfte nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Schließlich ist ganz allgemein daran zu erinnern, daß beide Länder im Kommuniqué vom September 1972 darin übereingekommen sind, "dauerhafte Beziehungen des Friedens und der Freundschaft zwischen beiden Ländern auf der Basis der Friedlichen Koexistenz" herstellen zu wollen. Sämtliche Streitfragen in den gegenseitigen Beziehungen sollten "auf friedlichem Wege, ohne Gewaltanwendung oder Drohung gelöst werden". Überdies wurde "der anormale Zustand, der bis jetzt zwischen der VR China und Japan bestand, mit dem Tage der Veröffentlichung des Kommuniques für beendet erklärt".

- 1) Dazu Näheres C.a. Okt. 1974, Ü-21
- 2) Dazu Näheres C.a. März 1974, Ü-16
- 3) dpa-Bericht in SZ, 6.2.1975
- 4) NCNA 5.2. und 6.2.1975
- 5) Näheres dazu Ca. Jan. 1974, Ü-17
- 6) PRu 1975 Nr.7, S.16/23
- 7) Le Monde, 21.1.1975
- 8) C.a. Juni 1974, S.353-362, Gunter Hartmann: Sibirien - Ernte nach vielen Jahren?
- 9) C.a. Juli 1974, Ü-61
- 10) Ebenda
- 11) Zitiert in IHT, 22.1.1975
- 12) Vgl. dazu im einzelnen C.a. Sept. 1972, S.16-20, "Zum neuen Verhältnis China-Japan"
- 13) SZ, Welt, 22.1.1975

- 14) C.a. September 1972, S.31, "Chinas Marine beginnt die Flagge zu zeigen
- 15) C.a. Juli 1974, S.415, Oskar Weggel: "Chinas Aufbruch in Richtung ASEAN
- 16) NCNA, 15.10.1972, S.6
- 17) JIJI Press, englisch, 15.4.1975
- 18) JIJI Press, englisch, 19.3.1975
- 19) JIJI Press, MD Asien, 20.2.1975, S.7
- 20) Nur am Rande sei hier vermerkt, daß im Februar zum erstenmal im chinesisch-japanischen Handel die Deutsche Mark als Zahlungsmittel benutzt wurde. Eine führende japanische Handelsfirma, die ein Einfuhrabkommen mit China über Seidenstoffe im Werte von 3,17 Mio. DM geschlossen hatte, wählte unter Zustimmung der Chinesen die DM als Zahlungsmittel mit der Begründung, daß sie im Augenblick die stabilste Währung der Welt sei.